

NEUSTADT-KURIER



6. Ausgabe

Meinungen
Informationen
Perspektiven



Februar 1988

Mein Gott, Walter!

Nachdem die Neustadter Bevölkerung, wahrscheinlich vorgewarnt, nicht an öffentlichen Sitzungen des Stadtrats teilnimmt, soll hier einmal kurz Gelegenheit gegeben werden die Qualität der Führungsspitze der SPD-Fraktion deutlich zu machen. Ungekürzt veröffentlicht wir die ersten 1 1/2 Seiten der Haushaltsrede der SPD im Originaltext:

Stellungnahme der SPD-Stadtratsfraktion zum Haushaltsplan 1988
(Fraktionsvorsitzender: Walter Knauer)

Es spricht für eine gute Verwaltung, aber auch für einen zielstrebigsten Stadtrat, da schließe ich alle Fraktionen ein, daß der Haushalt für das darauffolgende Jahr schon zum Jahresende beschlossen wird. Das ist nicht überall so. Vor allem birgt sich in einem solchen Vorgehen ein Risiko, weil die Höhe der Kreisumlage zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt ist.

Ich sehe meine Aufgabe nicht darin, daß Zahlwerk dieses nahezu 48 Mill.-Haushaltes vorzuführen, das ist die Aufgabe des Kreiskämmerers. Vielmehr möchte ich versuchen, Tendenzen und Entwicklungen darzulegen, vor allem in Bezug auf die finanziellen Möglichkeiten.

Vorweg jedoch einige Fakten, die mir für Neustadt systematisch zu sein scheinen. Trotz der vielfältigen Bemühungen des Stadtrates, darauf gehe ich noch ein, ist ein weiterer Bevölkerungsrückgang zu erkennen, vor allen Dingen ziehen es junge Menschen vor, in erster Linie aus beruflichen Gründen, Neustadt zu verlassen.

Es ist weiter festzustellen, daß es in unserer Heimatstadt ein Unterangebot an qualifizierten Arbeitsplätzen gibt. Besonders im Dienstleistungssektor fehlt es an Möglichkeiten, vor allem für junge Menschen, berufstätig zu werden. Von den alljährlich an unserem Gymnasium ausgebildeten Abiturienten, bleiben höchstens 10 % in unserer Heimatstadt, oder sie kehren nach einiger Zeit nach dem Studium in die Heimatstadt zurück. Die logische Folge ist eine starke Überalterung unserer Stadt.

- 2 -

Die relativ günstigen Arbeitslosenzahlen von April - November täuschen ein bißchen über die Wirklichkeit hinweg: das Durchschnittseinkommen z.B. pro Einwohner beträgt in München ungefähr 42.000 DM pro Jahr, während wir im Arbeitsamtsbezirk Coburg bei etwa 27.000 DM pro Jahr liegen. Würde man das hochrechnen, ergäbe sich eine wesentlich höhere Arbeitslosigkeit für unseren Bereich. Ein weiteres negatives Anzeichen ist die ständige Steigerung der Zahl jener Mitmenschen, die die Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen.

Damit wollen wir es bewenden lassen, wir wollen auch nicht schulmeistern und auf Sprache und Rechtschreibung eingehen, sondern dem Leser einmal vorführen, welche Ungereimtheiten (vorsichtig formuliert) man über sich ergehen lassen muß.

Einen Einstieg in die sozialdemokratische „Logik“ gibt schon der erste Absatz. Hier wird zunächst der Verwaltung ein Kompliment gemacht, doch anstatt hierfür eine vernünftige Begründung zu bringen, wird vor allem auf das Risiko hingewiesen, da „mit ungesicherten Daten“ gearbeitet wird. Was soll dies, wo ist hier der Zusammenhang?

Im zweiten Absatz wird deutlich, daß MdL, Kreisrat, Stadtrat usw. Walter Knauer schon gar nicht mehr weiß, wo er eigentlich gerade redet, denn sonst hätte er wissen müssen, daß er den Stadtkämmerer, nicht aber den Kreiskämmerer meinte, der hier einen Haushalt vorlegt. Im dritten Absatz werden Binsenwahrheiten wiedergekauft, die monatlich als Information im Stadtrat erscheinen.

Der nächste Absatz macht deutlich, daß der Fraktionsvorsitzende gar nicht bereit ist (oder kann?) differenziert zu denken. Er berichtet von der Überalterung der Stadt und bezieht diese Überlegung auf die Gymnasiasten, als ob es in Neustadt keine anderen Schüler und Auszubildenden gibt.

Spende der FU

Die Frauennunion in Neustadt kann wieder ein erfolgreiches Kapitel ihrer Jahresarbeit abschließen. Die Ortsvorsitzende Elke Protzmann konnte in ihrem Rechenschaftsbericht anlässlich der Jahreshauptversammlung 1988 über eine große Reihe von Aktivitäten berichten. Neben Informationsfahrten von Mitgliedern nach Bonn und München waren die Höhepunkte die Aktivitäten zugunsten gemeinnütziger Zwecke. Auch wenn, so Elke Protzmann, mißgünstige SPD-Frauen glaubten, Wohltätigkeit ins Lächerliche ziehen zu müssen, werde man sich davon nicht beeindrucken lassen. Die Vorsitzende berichtete insbesondere über die erfolgreiche Spendenaktivität in der Weihnachtszeit, wo insgesamt über 1200,- DM erzielt werden konnten. Diese Beträge werden zur Hälfte an die Aktion für krebskranke Kinder übermittelt, während die andere Hälfte dem Neustadter Behindertenwohnheim zu Gute kam. Protzmann verwies in diesem Zusammenhang auf die erfolgreiche Verkaufsaktion anlässlich des Neustadter Nikolaustags, wo der Basar der FU nahezu ausverkauft wurde, was eigentlich dafür spricht, daß die Frauen einen guten Ge-

Der letzte Satz in diesem Abschnitt huldigt dem sozialistischen Motto: „Links meinen, rechts schreiben und um die Ecke denken“. Wirtwar, was willst Du mehr! Höhepunkt ist der letzte Absatz des Auszuges aus der Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden Knauer. Verstehen kann man ihn aber leider nicht. Die Redaktion setzt eine Flasche Sekt für den Ersten aus, der in der Lage ist, diese Rechnung (wahrscheinlich ohne Verständnis irgendwo abgekupfert), überzeugend zu deuten. Der Gewinner wird – falls es einen gibt – in der nächsten Ausgabe namentlich bekannt gemacht. Selbstverständlich auch seine Deutung!

Bei so viel Sachverstand des Walter K. wird das Wort von Max O'Rell deutlich: „Wer Chemiker werden will, muß Chemie studieren, wer Jurist oder Arzt werden will muß Recht oder Medizin studieren. Aber um Politiker zu werden ist lediglich das Studium der eigenen Interessen erforderlich“.

- 3 -

schmack bei der Auswahl ihrer anzubietenden Waren hatten und die Handarbeitstätigkeit der FU im vollen Umfange gewürdigt wurde. Bei der im Dezember abgehaltenen Weihnachtsfeier konnte nicht nur eine große Auswahl von Mitgliedern und Ehepartnern begrüßt werden, sondern auch ein weiterer namhafter Betrag für die Spende durch eine Tombola, die von Stadt- und Kreisrat Jürgen W. Heike moderiert wurde, erzielt werden.

Für das bevorstehende Jahr hat sich die FU schon viel vorgenommen:

Neben Informationsveranstaltungen aus Stadt- und Kreispolitik sollen auch wieder Besuche in Bonn und München organisiert werden. Zusätzlich hat die Vorsitzende die Hoffnung geäußert, daß in diesem Jahr eine neue Mitgliedersteigerung erreicht werden kann, wobei das politische Gewicht der FU in Neustadt deutlich im Steigen begriffen ist.

- 9 -

Herausgeber:
Jürgen W. Heike, Arnoldplatz 9, 8632 Neustadt b. Coburg
Verantwortliche Redakteure:
Arno Bätz, Bernhard Häfner, Gerhard Knoch, Dr. Hans Motschmann, Erich Müller, Jürgen Petraitzki, Leonhard Weitz

Der Repsenbuckl (Fortsetzung)

IV. Der Belag:

Naturgemäß war bei der Gestaltung der Marktfläche die Wahl der Belagart ein wichtiges Diskussionsthema. Unstrittig war während der gesamten Beratung nur das Material, nämlich Granit. Über die Art der Oberfläche gingen die Meinungen weit auseinander. Die SPD wollte ein gebrochenes Granitpflaster über die gesamte Fläche. Die CSU hingegen dachte insbesondere an eine fußgängerfreundliche Pflasterung, wobei auch Platten in den Fußgängerbereichen vorgeschlagen wurden. Mit solch einem „dummen Vorschlag“ (so die SPD-Fraktion) konnte sich die SPD nicht anfreunden. Der Fraktionsvorsitzende Knauer erklärte, man könne der „Stöckelschuh-Ideologie“ der CSU nicht folgen und gab die Marschrichtung für seine Fraktion aus, daß man grundsätzlich mit „halbwegs angepaßtem Schuhwerk“ auf dem Markt sich bewegen müsse. Glücklicherweise hat diese Fraktion die Mehrheit im Stadtrat und kann somit (wie bei Personalentscheidungen) immer wieder, ohne unbedingt von Sach- und Fachkenntnis getrübt, Entscheidungen treffen. Mit der Alleinkompetenz für Ästhetik ausgestattet, sollte etwas ge-

schaffen werden, das noch für viele Generationen und richtungsweisend zu sein hat.

Wochen und Monate gingen nach dieser Entscheidung ins Land. Die Baumaßnahmen wurden ausgeschrieben und vergeben. Auf einer Probefläche, die mit einem Belag entsprechend des SPD-Beschlusses gepflastert war, konnte sich jeder überzeugen, wie „weitsichtig“ die Stadtratsmehrheit wieder einmal entschieden hatte. Das ganze hatte nämlich den Schönheitsfehler, daß man auf diesem Pflaster kaum richtig laufen konnte. Nach dem Motto „Was schert mich mein Geschwätz von gestern“ wurde deshalb einfach beschlossen, daß die Umplanung zu erfolgen habe. Auch hier wurde der CSU-Vorschlag für eine fußgängerfreundliche Einrichtung in Plattenform wiederum abgelehnt, weil der Vorschlag ja zwar gut sein mochte, aber von der falschen Fraktion kam. Der Neustadter Bürger läuft zwar jetzt auf Steinen, die plattenförmig verlegt sind, aber es handelt sich dabei um einen in der Mitte auseinandergesägten Pflasterstein, weil ja schließlich die SPD immer Pflaster, nicht aber Platten wollte.

Dem Fußgänger scheint das gleich, den CSU-Stadtratsmitgliedern ebenfalls, denn die wesentliche Forderung ist nunmehr erfüllt: die Fußgänger können sich relativ gefahrlos auf diesem Pflaster fortbewegen.

V. Parkplätze:

Schon in der Probephase zeigte sich, daß zu wenig Parkplätze auf dem Markt vorhanden waren. Die Polizei mußte zunächst ausführlich Informationen verteilen und dann im Großeinsatz Verwarungen ausschreiben. Es war und ist den meisten Autofahrern nicht klar, warum man auf einer so großen Fläche, die von den Fußgängern praktisch nicht genutzt wird, kein Fahrzeug abstellen darf. Auch bei den Geschäftsleuten besteht die Befürchtung, daß der Verlust von Parkplätzen mit einem Umsatzrückgang einhergeht. Die CSU beantragte deshalb, wenigstens in der Wilhelm- und Georg-Langbein-Straße, sowie am Glockenberg, das Parken zu erlauben. Selbstverständlich wurde auch dieser Vorschlag von der SPD wieder abgelehnt, schließlich kann auch ein guter Vorschlag, wenn er nicht von ihr kommt, nicht akzeptiert werden. Dem Bürger bleibt somit nur ein geduldiges Warten. Gefragt wird er immer nur alle sechs Jahre – bei der Wahl! –

- 3 -

Feuer im Moos

„Da ist Feuer unterm Dach“ hört man zur Zeit häufig im Bereich der Baugebiete Moos I, II und III. Worum geht es eigentlich? Tatsache ist, daß in diesem Baugebiet, welches seit den frühen 60iger Jahren bebaut wird, Unruhe herrscht. Bürger, die nachweislich seit mehr als 20 Jahren dort wohnen, haben zunächst einmal im Herbst 1985 Erschließungskostenbescheide über Tausende von Mark erhalten. Teilweise hatten die Bürger dort zwar Vorausleistungen übermittelt, aber danach, eben für 10 Jahre und länger, keine Bescheide erhalten. Nun gibt es bei der Abwicklung von Erschließungskosten etc. für die Gemeinden feste, vom Gesetzgeber vorgeschriebene Regeln:

Die gesamten anfallenden Kosten bei der Baumaßnahme (z.B. Bau einer neuen Straße oder Verlegung von Anschlußleitungen für Gas, Wasser und Strom etc.) sind für die gesamte Maßnahme zusammenzurechnen und dann anteilig auf die Anlieger zu verteilen. Damit aber die Bürger irgendwann einmal Sicherheit über die Kosten und Belastungen haben, sieht der Gesetzgeber vor, daß Forderungen der Stadt verjähren, also nicht mehr eingetrieben werden können, wenn vier Jahre nach der letzten Baumaßnahme vergangen sind. Diese Vierjahresfrist erscheint relativ großzügig, in der Praxis sind die Verwaltungen auch in der Lage, innerhalb von vier Jahren nach Erhalt der letzten Rechnung ihre Bescheide zu verlassen, also Gesamtrechnungen und Verteilung dieser Gesamtrechnung zu erstellen. Bei der Stadt Neustadt war das öffent-

sichtlich etwas anders: Man versuchte dort durch immer neue Planänderungsverfahren neue Straßen, die noch nicht entgeltlich erschlossen waren, hinzuzufügen und dadurch die Verjährungsfristen hinauszuschieben. Diesem „Spielchen“ gebot jedoch das Gericht Einhalt. Ein höchstrichterliches Urteil des Bundesverwaltungsgerichts stellte fest, daß die Bildung von Erschließungseinheiten (die Zusammenfassung von mehreren Straßen-Baumaßnahmen) nur in ganz beschränktem Maße zulässig ist. Dies hatte für die Baumaßnahmen im Gebiet „Am Moos“ zur Folge, daß die meisten Straßen einzeln abzurechnen gewesen wären, wobei jedoch dann den zuständigen Bearbeitern auffiel, daß ein Großteil der Ansprüche verjährt waren. Nachdem der Schaden für die Stadt in Millionenhöhe gehen könnte, mußte also ein Ausweg gefunden werden: Der Bürger, der schon jahrelang dort sein Haus gebaut und die Finanzierung ordnungsgemäß durchgeführt hatte, mußte durch Änderungen der Bebauungspläne o. ä. „übereumpelt“ werden. Nur wenn man nämlich Tatbestände schaffen konnte, die frühere Bebauungspläne oder andere planerische Maßnahmen zur Aufhebung bringen konnte und dafür mit Ersatzmaßnahmen neue Tatbestände schaffen konnte, wäre der Bürger wieder zur Kasse zu biten.

Im Herbst 1987 folgte nunmehr der erste Versuch, damals im Baugebiet Moos III, durch planerische Änderungen einen neuen Sachverhalt zu schaffen um darauf

aufbauend erneut die Kosten geltend zu machen. Damals schon äußerten Bürgermeister Häfner und Stadtrat J. W. Heike den Verdacht, daß hier die Bürger nachträglich um ihr Recht der Verjährungseinde gebracht werden sollten. Dennoch stimmte die SPD geschlossen für diese Änderung und merkte gar nicht, wie die Bürger dabei um ihre vom Gesetzgeber vorgesehenen Rechte gebracht wurden. Der zweite Schritt folgte dann am 18.1.1988. Die Verwaltung hatte nun, nachdem die Straße Am Moos weit über 20 Jahre fertiggestellt war, plötzlich festgestellt, daß diese Straße im Plan anders, nämlich schmaler, vorgesehen war, als sie dann gebaut worden ist. Nach über 20 Jahren sollte deshalb der Bebauungsplan geändert werden, damit „die Richtigkeit der Planung“ erfolgen könne. Auf die konkrete Frage des CSU-Fraktionsvorsitzenden Erich Müller antwortete der Verantwortliche, OAR Staude, daß durch diese Änderung natürlich auch die Möglichkeit beschlossen würde die verjäherten Beiträge wieder verlangen zu können. Die Empörung bei der CSU war so deutlich, daß sogar die SPD-Stadträte plötzlich begriffen, daß sie zu Handlungen aufgefordert werden sollten, die das fehlerhafte Verwaltungshandeln nachträglich zu Lasten der Bürger wiedergutmachen sollten.

Als dann der Leiter des Hauptamtes, OAR Staude, noch versuchte zu behaupten, daß die Stadträte dies ja bereits im Herbst 1987 beschlossen hätten, mußte er sich unangenehme Fragen von Stadtrat Heike gefallen lassen. Auf die Frage wann und wo der Stadtrat von dieser

Fortsetzung nächste Seite

LRA-Außenstelle

Nun ist es endgültig, der Landrat hat im Dezember 1987 mitgeteilt, daß nach der Errichtung des neuen LRA keine Außenstelle in Neustadt verbleiben soll. Die Sozialamtsaußenstelle wird somit ersatzlos aufgehoben. Die Bürger werden um ein Stück Bürgernähe ärmer sein. Die Behauptungen des SPD-Landrats, daß damit nur das getan werde, was in Bayern üblich ist, ist schlichtweg falsch:

Die beigefügte Aufstellung ergibt, daß auch in Oberfranken (Wunsiedel) aber auch in einer Reihe von anderen Landkreisen Außenstellen durchaus üblich sind, ja sogar nach der Gebietsreform noch eingerichtet wurden. Zur besseren Information, auch für den Landrat und seine Parteifreunde, wird folgende Auflistung übermittelt:

LRA	Außenstelle
Bad Tölz	Wolfratshausen
Eichstätt	Ingolstadt, Beilngries
Neuburg/Don.	Schrobenhausen
Rosenheim	Bad Aibling, Wasserburg
Weilheim	Schongau
Landshut	Vilsbiburg, Rottenburg/Laaber

Fortsetzung „Feuer im Moos“

Möglichkeit der Umgehung der Verjährungsfristen informiert worden sei, mußte Staude zugeben, daß dies nicht geschah. Auf die weitere Frage, warum die Information unterblieben war, blieb der Verwaltungschef die Antwort schuldig.

Die CSU warnt seit Jahren davor, daß der Stadt erheblicher Schaden dadurch entsteht, daß Vorschriften, die im Interesse der Rechtssicherheit, aber auch der finanziellen Absicherung der Bürger eingeführt worden sind, nämlich Verjährungsvorschriften, zu erheblichem Schaden für die Stadt führen kann. Andererseits ist die CSU-Stadtratsfraktion nicht bereit, fehlerhaftes Verwaltungshandeln, insbesondere verzögerte Bearbeitung von Erschließungskostenbeiträgen etc. hinzunehmen und damit den Bürger für Jahre in einer finanziellen Unsicherheit zu belassen. Die CSU hat deshalb grundsätzlich gegen jeden Versuch gestimmt, daß hier fehlerhafte Erschließungsbeiträge oder gar verspätete Beitragsbescheide rückwirkend wieder Gültigkeit erlangen sollen. Es kann insoweit an die Wildenheider Vorgänge erinnert werden, wo sogar ein Rechtsstreit beim Verwaltungsgericht notwendig war, um zu dokumentieren, daß die Stadt mit ihren Erschließungskostenbescheiden unrecht handelte. Auch für andere Baugebiete, die ordnungsgemäß fertiggestellt wurden und nicht rechtzeitig Beitragsbescheide versandt wurden, gilt dies als oberste Prämisse für die CSU: Die Stadt hat genug Zeit ihre Beitragsbescheide zu bearbeiten und ordnungsgemäß herauszugeben, sie kann nicht auf Kosten der Bürger Rechts-

Passau	Griesbach, Vilshofen, Wegscheid
Regen	Wegscheid, Viechtach
Cham	Roding, Waldmünchen
Neustadt/Waldnaab	Eschenbach, Vohenstrauß
Tirschenreuth	Kemnath
Wunsiedel	Marktredwitz, Selb
Ansbach	Dinkelsbühl, Feuchtwangen, Rothenburg o.d. Tauber
Erlangen	Höchstadt/Aisch
Neustadt/Aisch	Bad Windsheim, Scheinfeld, Uffenheim
Lauf	Hersbruck, Nürnberg-Land
Aschaffenburg	Alzenau
Bad Kissingen	Brückenau, Hammelburg
Haßfurt	Ebern, Hofheim
Karlstadt	Lohr, Marktheidenfeld
Bad Neustadt/Saale	Königshofen, Mellrichstadt
Aichach	Friedberg
Donauwörth	Nördlingen
Günzburg	Krumbach
Sonthofen	Kempten
Marktobersdorf	Füssen
Mindelheim	Memmingen

institute umgehen, indem durch fadenscheinige Abänderungen von Bauungsplänen oder anderen planerischen Maßnahmen die Vorschriften der Verjährung aufgehoben werden. Es bleibt zu hoffen, daß die SPD, die sowohl in Wildenheid, als auch am Moos zunächst gegen die Interessen der dortigen Bürger stimmte, nunmehr gelernt hat und gemeinsam mit der CSU zum Schutze der Bürger und zum Wohle der Stadt mitarbeitet.

Nicht nur die über 2.500 Unterschriften, die Neustädter und benachbarte Bürger für die Erhaltung der Außenstelle abgegeben haben, sondern auch das Verhalten anderer Landräte gibt denjenigen Recht, die eine bürgernahe Dienstleistung von der Verwaltung verlangen und als möglich ansehen. Der Neustädter OB Hellmut Grempel (SPD) hat dies wohl richtig erkannt, als er seinen Parteifreund Knauer darauf hinwies, daß über die Kommunalwahl 1990 auch die Nachfolge des jetzt amtierenden Landrats mit in Neustadt entschieden wird!

Nackte Tatsache!

Über die Form und die architektonischen Leistungen bei der Errichtung des Neustädter Rathauses haben sich die Geister schon immer gestritten. Als nun das Rathaus farblich neu gestaltet wurde und, obwohl es noch nicht alt war, erhebliche Renovierungen notwendig wurden, kam es im Bauausschuß zu einer langen Diskussion, wie man das Rathaus ansehnlicher gestalten könne. Sicherlich hat die farbliche Absetzung dazu beigetragen, daß das Rathaus etwas weniger bunkerhaft aussieht, andererseits aber gab es einen unwidersprochenen Vorschlag von Stadtrat Leonhard Weitz (CSU), der angeregt hat, daß die großen, kahlen Betonflächen im Obergeschoß, insbesondere in Richtung Heubischer Straße, mit künstlerischen Darstellungen der heimischen Spielwarenindustrie oder einem Stadtwappen oder Ähnlichem verschönt werden sollten. Doch ist wieder festzustellen, daß bisher nichts geschehen ist. Der Antrag kam halt leider wieder von der falschen Seite!



Wäre es wirklich eine „Verschandelung“ des Obergeschosses des Rathauses, wenn an der kahlen Fläche (im Bild oben links) Szenen aus der Neustädter Spielwarenindustrie dargestellt wären? Das Rathaus in der heutigen Form ist nach wie vor trist, kalt und abweisend, für ein Schmuckstück im Stadtbild fehlt noch Einiges!

OB: Kenntnislos

Mit Gegendarstellungen und Leserbriefen hat es so seine Bewandnis. Der Neustadter OB Hellmut Grepel scheint hier keine besonders glückliche Hand zu haben. Bei den Gegendarstellungen, die dem Neustadt-Kurier zugehen, ist dies bereits bewiesen worden. Einen neuen Beweis lieferte der Neustadter OB mit einem Leserbrief am 23.12.1987 in den Neustadter Tageszeitungen. Dort wies er daraufhin, daß der CSU-Sprecher Leonhardt Weitz Falsches behauptet habe. Wörtlich hieß es im Leserbrief:

„In der Amtszeit von OB Grepel würden sich die Schulden der Stadt Neustadt

verdoppeln. Dazu folgende Fakten: Während meiner nunmehr dreijährigen Tätigkeit als OB hat sich das Vermögen der Stadt um 20 Mio. DM verbessert. Die Schulden der Stadt haben sich von 17,3 Mio. DM auf 15,7 Mio. DM vermindert... Diesen Fakten ist nichts hinzuzufügen.“ So möchte es der OB sicherlich gerne, aber in einer Demokratie ist es eben möglich auch falsche Behauptungen zu widerlegen:

1. Bei richtigem Zuhören oder Nachlesen der Berichte, die schriftlich gegeben und dem Protokoll beigelegt werden, stellt sich heraus, daß der CSU-

Sprecher nicht von den ersten drei Jahren der Tätigkeit des OB sprach, sondern von der gesamten Amtszeit, die bekanntlich sich über 6 Jahre erstreckt.

2. Der CSU-Sprecher hat aus dem Finanzbericht der Stadt zitiert. Dieser Bericht ist vom OB mitzuverfassen und damit Teil seiner eigenen Erklärung.
3. Auf Seite XXIX des Finanzberichtes der Stadt Neustadt befindet sich ein Schaubild der Schuldentwicklung Neustadts. Dort ist festgehalten, daß die Stadt 1987 mit Schulden von 14,3 Mio. DM rechnet, im Jahr 1991, also zum Ende der Legislaturperiode Grepel 27,3 Mio. DM Schulden eingeplant hat.

Es bleibt somit die Frage ob der OB seine eigenen Zahlen nicht kennt, ob er nur nicht richtig zugehört und auch nicht nachgelesen hat, oder ob er tatsächlich nicht in der Lage ist Wahrheit und Wunschenken auseinander zu halten?

- 49 -

Grüne Tonne - Faß ohne Boden

In diesen Tagen fragen sich viele Bürger unserer Stadt, ob denn die neuen Müllgebühren keine Rechenfehler sind. Zweifel werden ausgelöst durch den erneuten kräftigen Anstieg der Gebühren, die unverstündlich erscheinen, weil niemand weiß, warum die Müllbeseitigung so teuer geworden ist. Die Kostensteigerung ist vor allem auf die Einführung der „Grünen Tonne“ zurückzuführen. Eine Einrichtung, die zunächst von der Bevölkerung sehr begrüßt wurde, weil dadurch der Müllberg verringert werden sollte. Jedermann glaubte, daß die Kosten für diese Dienstleistung aus der Verwertung des aussortierten Sammelgutes gedeckt werden würden.

Diese Auffassung hat sich leider als irrig erwiesen. Tatsächlich ist die „Grüne Tonne“ ein Kostenmonster geworden. Die Aufwendungen für die Anschaffung dieser Tonne, des Einsammelns und der Transport des Sammelgutes zur Sortieranlage, die Kosten für die Errichtung und den Betrieb für diese Anlage übersteigen den Wert der aussortierten Stoffe ganz erheblich. Besonders hart trifft die Kostensteigerung die Bürger, die gar keine „Grüne Tonne“ haben. Sie sind trotzdem an allen Kosten beteiligt, ohne daß sie über eine solche Tonne verfügen. Selbst wenn sie heute beanspruchen wollten, wür-

de ihnen diese verweigert, obwohl sie dafür zahlen.

Die Stadtratsfraktion der CSU hat sich bei der Abstimmung über die Gebührenerhöhung mit Entschiedenheit dagegen gewandt, aber wieder einmal hat die SPD-Mehrheit gesiegt. Die CSU ist der Auffassung, daß es Mittel und Wege geben muß, die Kosten für die „Grüne Tonne“ erheblich zu reduzieren. Sollte das nicht mit entsprechendem Erfolg möglich sein, dann darf in dieser Tonne nur gesammelt werden, wenn, wie ursprünglich geplant, ein in etwa kostendeckender Absatz der erfaßten Altstoffe gewährleistet ist.

- 1 -

Nicht wissen macht auch nichts!

Es ist gut, daß Mike Krüger seinen Schläger mit dem schönen Refrain „Mein Gott, Walter!“ schon geschaffen hatte, als er in Neustadt auftrat. Allerdings hätte er hier leicht noch einige Strophen dichten können, die sicher zu Lachsalven im ganzen Bundesgebiet geführt hätten. Der hiesige Fraktionsvorsitzende der SPD, Walter K. sorgt immer wieder für nette Unterhaltung.

Bestes Beispiel für die abwechslungsreichen Initiativen sind die Anträge der

SPD-Fraktion, seit Walter K. die Führung übernommen hat. Da erinnert man sich doch noch gerne an den Vorschlag, ein „Zirkuszelt“ anzuschaffen. Eine wahrhaft gelungenen Idee!

Am 20.11.1987 brachte die SPD einen „Dringlichkeits“-Antrag ein, der die Mängelbeseitigung in den Turnhallen der Stadt veranlagte. Ein wahrhaft „konstruktiver“ Vorschlag, nachdem die Tageszeitungen schon zuvor über diese Schäden berichtet hatten und die Verwaltung schon am 16.11.1987 die Mängelbeseitigung in die Wege geleitet hatte. Im Stadtrat hatte die CSU-Fraktion nichts Besseres zu tun, als diesen schönen Antrag als „Schaufensterantrag“ abzutun. Daraufhin zeterte die SPD, wie häufiger, über die „Arroganz“ der CSU.

Fortsetzung folgt

CSU

Zitat der Woche:

SPD-Fraktionsvorsitzender
Walter Knauer:

„Es ist schwierig eine so große Fraktion zu führen.“ Darauf dritter Bürgermeister Häfner (CSU): „Da werden Sie es nach den nächsten Wahlen viel leichter haben!“

5. STARKBIERFEST DER CSU NEUSTADT

am Samstag, 5.3.1988, 19.30 Uhr

JÄGERSRUHSAAL

Es spielen die

ROSSFELDER MUSIKANTEN

Eintritt: 5,- DM

KALENDER

2.3.88, 20.00 Uhr FU-Stammtisch Referat von Kreisrat J. W. Heike

5.3.88, CSU-Starkbierfest im Jägersruhsaal

10.3.88, CSU-Kreisdelegiertenversammlung mit MdL E. Huber, stellv. CSU-Generalsekretär